

Stubenrauch, Wolfgang

Article — Digitized Version

Osthandelsprobleme der lateinamerikanischen Länder

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stubenrauch, Wolfgang (1961) : Osthandelsprobleme der lateinamerikanischen Länder, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 5, pp. 232-236

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133112>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sowjetzone, wo sie die praktische Arbeit des FDGB kennenlernen sollen. Vom täglichen Umgang mit den Gewerkschaftsfunktionären im Betrieb scheint sich die SED einen besonders großen Nutzen zu versprechen."

An offiziellen Vertretungen der Satellitenstaaten zählte man Anfang des Jahres 1961 in Afrika 28 diplomatische Vertretungen und Handelsmissionen. Davon sind neun in Guinea zu finden (wo neben den genannten Ländern vor allem auch die Chinesen, Polen und Ungarn aktiv sind), der Rest verteilt sich vor allem auf Äthiopien, Tunesien, Marokko und Ghana. Vier neue Missionen werden in Somalia eingerichtet, während das Angebot für die Errichtung von 16 weiteren Vertretungen noch offen steht. Dieses Angebot richtet sich vor allem an die neuen unabhängigen Staaten des tropischen Afrika. Immerhin hat noch kein afrikanischer Staat der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Regierung in Ostberlin zugestimmt. Nicht zuletzt diese Tatsache hat der Sowjetzone den Auftrag eingetragen, sich besonders um die nicht an diplomatische Anerkennungen gebundenen Gewerkschaftsbewegungen und Jugendorganisationen Afrikas zu kümmern. Das gilt auch für die Betreuung und Ausbildung afrikanischer Studenten, die im Ostblock studieren. Neben Moskau, Leningrad und Prag sind Leipzig und Ostberlin die wichtigsten Ausbildungsstätten für Studenten aus Schwarzafrika im kommunistischen Machtbereich.

Die genannten fünf Plätze sind auch die aktivsten Vororte der Afrikawissenschaft im Ostblock, die zügig und systematisch im Ausbau begriffen ist, wobei ihr politischer und aktueller Akzent unverkennbar ist. In der Sowjetunion wurde auf Grund der Beschlüsse des XXI. Parteitages im Jahre 1959 mit der Reorganisation der Afrikanistik begonnen, nachdem erhöhte Entwicklungshilfen für Afrika beschlossen worden waren. Als neues Zentrum fungiert seitdem das 1959 gegründete und von Professor Potechin geleitete Afrika-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau. Eine von Potechin im Jahre 1960 herausgegebene Schrift „Afrika sieht der Zukunft entgegen“ zeigt, welche Marschrichtung auch hier der politisierten Wissenschaft des Ostblocks gegeben ist. Indem der Verfasser die Geschichte und gesellschaftliche Entwicklung Afrikas mit den Kategorien des Marxismus-Leninismus interpretiert, kommt er zur Skizzierung eines autochthonen

„Afrikanischen Sozialismus“, der automatisch, so muß es den Leser dünken, in den Weltkommunismus sowjetischer Prägung einmündet.

Das gleiche Ziel politisch-psychologischer Beeinflussung, eingekleidet in wissenschaftliche Formeln und Beratung, verfolgen alle Hoch- und Spezialschulen, die vor allem für Afrikaner gedacht sind. So die im Oktober 1960 gegründete und von S. Rumjanzew geleitete Moskauer „Universität der Völkerfreundschaft“ (neuerdings „Lumumba-Universität“), die etwa 400 Schüler umfassende, seit Herbst 1959 arbeitende Schulungsstätte zur Organisation und Ausbildung revolutionärer Kader für Schwarzafrika in Stawropol (Nordkaukasus), die bereits 1957 gegründete „Afrikanische Hochschule“ in Prag, die rund 250 junge Afrikaner in Zweijahreskursen unterrichtet, die Schulungsstätte für Gewerkschaftsfunktionäre aus den Somali-Ländern in Prag, das ebenfalls in Prag eingerichtete „Institut für Wirtschaftsstudien“, das als eine Art Generalstabsschule für subversive Aktivität gilt und jährlich 200 bis 300 Afrikaner theoretisch wie praktisch ausbildet, das am 1. 9. 1959 eröffnete Institut des Weltgewerkschaftsbundes für Afrika in Budapest, um nur die wichtigsten Einrichtungen außerhalb der Sowjetzone zu nennen.⁵⁾ Auch müßte man schließlich auf die systematische Arbeit der Sowjetunion und Chinas in den verschiedenen Sektionen der „Solidaritätsbewegung der Völker Asiens und Afrikas“ hinweisen, die ihre Zentrale in Kairo hat.

Alles das deutet an, wie man sämtliche wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bemühungen koordiniert und uneingeschränkt in den Dienst des Programmes stellt, Afrika zusammen mit den anderen Kontinenten so schnell wie möglich der geistigen wie materiellen Herrschaft des Kommunismus zu unterwerfen. Welches Tempo man dabei in den Schwerpunkten anschlägt, erkennt man am Beispiel Guinea. Dieser Staat hat heute schon seine Organisation und seine Wirtschaft weitgehend den Beratern und Fachleuten des Ostblocks (einschließlich Jugoslawien) ausgeliefert. Seinen Außenhandel wickelt er bereits zu mehr als 65 % mit den kommunistischen Ländern ab. Es ist offensichtlich, daß hier — im Gegensatz etwa zu Ägypten — die Grenze des Neutralismus schon weit überschritten ist.

⁵⁾ Vgl. u. a. „Die Orientierung“, 4. Beiheft 1960.

Osthandelsprobleme der lateinamerikanischen Länder

Dr. Wolfgang Stubenrauch, Bonn

Der Besuch Mikojans in Havanna und die Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens zwischen der Sowjetunion und Kuba im Februar 1960 ist vielfach als Beginn einer neuen Handelsoffensive der Sowjetunion und des Ostblocks einschließlich der Volksrepublik China in Lateinamerika dargestellt worden. Ohne Zweifel war die Ausstrahlung dieses Ereignisses auf den Karibischen Raum, Mexiko, Mittel- und Südamerika sehr weittragend. Erneut wurden die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Abmachungen und politischen Zielsetzungen des Ostblocks deutlich.

Das Ziel der Einschaltung in das politische, soziale und wirtschaftliche Geschehen der lateinamerikanischen Länder wurde 1960 nicht anders als früher unter Ausnutzung bestimmter Schwächemomente verfolgt, und zwar einmal der mit der Industrialisierung zunehmenden sozialen Spannungen und zum zweiten der besonderen außenwirtschaftlichen Nöte, die nach lateinamerikanischer Auffassung in den letzten Jahren speziell von seiten der USA nicht genügend gewürdigt worden sind. Den Ostblockplanern kamen hierbei die gerade gegen die USA gerichteten nationalistischen Unabhän-

gigkeitsbestrebungen in Kuba und den anderen lateinamerikanischen Ländern sehr zugute. Damit ist ange- deutet, daß es sich bei den Kontakten zwischen dem Ostblock und Lateinamerika keineswegs nur um eine einseitige Offensive des Ostens handelt, sondern viel- mehr gleichzeitig um ernstzunehmende Bestrebungen der Lateinamerikaner, die ihrerseits mit Hilfe des Ostens aus einer nicht zu verleugnenden Zwangslage herauszukommen trachten.

Außenhandel als Instrument des Wirtschaftsaufbaus

Um diese Zusammenhänge richtig zu verstehen, muß man sich erinnern, daß die sogenannte „Rubel-Offensive“ oder „Rubel-Diplomatie“ in Lateinamerika lange vor dem Umsturz in Kuba bereits 1953, also nach Ein- treten der Waffenruhe in Korea, einsetzte.¹⁾ Ab 1952 trat der bis dahin streng am Autarkiegedanken fest- haltende Ostblock aus seiner handelspolitischen Iso- lierung hervor und machte gewisse Anstrengungen zur Ausweitung des Warenaustausches mit außereuropä- schen Rohstoffländern. Dies war auch der Zeitpunkt, zu dem das lateinamerikanische Interesse am Osthan- del zunahm, was leicht zu erklären ist, da sich mit dem Rückgang der Weltmarktpreise für bestimmte Roh- stoffe Schwierigkeiten in der Handelsbilanz und dem Devisenhaushalt und vor allem ein akuter Dollar- mangel einstellten.

Der Ruf nach einer Revision der Außenhandelspolitik wurde laut, worunter nur die Beseitigung der mit dem zweiten Weltkrieg zwangsläufig entstandenen einsei- tigen Vorherrschaft der USA im lateinamerikanischen Außenhandel verstanden werden konnte. Die Gewin- nung zusätzlicher Märkte und die Differenzierung der Bezugsmöglichkeiten setzten die Anknüpfung von Wirt- schaftsbeziehungen zu Ländern außerhalb der USA bzw. des Dollarraumes voraus, also zunächst zu West- europa und nach Korea dann auch zu den Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang“. Das Ausweichenwol- len auf „Weichwährungsländer“, deren Zahl sich im Zuge des wirtschaftlichen Fortschritts im westlichen Europa freilich stark verminderte, ist bis heute ein gewisses Schwächezeichen der lateinamerikanischen Außenwirtschaft geblieben, was eine prominente nord- amerikanische Bank gelegentlich zu der Bemerkung veranlaßt hat, daß die lateinamerikanischen Länder ihr Interesse an Ostgeschäften in dem Maße verlieren, in dem es ihnen gelingt, ihre Zahlungsbilanzschwierig- keiten zu lösen.²⁾ „Revision der Außenhandelspolitik“ bedeutete 1953 den Willen zur Aufnahme von Wirt- schaftsbeziehungen zu „allen Ländern der Welt“ ein- schließlich des Ostblocks und auch den Abbau des 1948 bzw. 1950 im Zeichen der Berlin- und der Korea-Krise von den USA und anschließend vom übrigen Westen verfügten Embargos für „strategisch wichtige Güter“, der um diese Zeit in gleicher Weise vom Osten wie von bestimmten lateinamerikanischen Wirtschaftskrei- sen, so z. B. in Chile, gefordert wurde.

¹⁾ Wolfgang Stubenrauch: „Handel zwischen Südamerika und der Sowjetwelt“, in: Osteuropa, 4. Jg., Heft 2, April 1954, S. 143.

²⁾ The Chase Manhattan Bank, New York: „Latin-American Business Highlights“, Vol. 10, No. 2, Second Quarter 1960: „Soviet Bloc Trade“.

Aus der besonderen Situation der lateinamerikanischen Entwicklungsländer, die fast sämtlich im Begriff sind, einen äußerst schwierigen Industrialisierungsprozeß durchzumachen, mag die Tatsache zu erklären sein, daß ihre wirtschaftspolitische Grundeinstellung in manchen Punkten — nicht in der Theorie, aber doch in der Praxis — mit der des Ostblocks übereinstimmt, wo- bei natürlich die Einschränkung gemacht werden muß, daß diese Übereinstimmungen in den Ländern, in de- nen die Liberalisierung Erfolge hat, merklich zurück- treten. In außenwirtschaftlicher Hinsicht besteht die wesentliche Parallele darin, daß der Außenhandel als ein Instrument der Stabilisierung und des planmäßigen Wirtschaftsaufbaus, nicht dagegen als Mittel des freien marktwirtschaftlichen Wettbewerbs angesehen wird. Wenn durch den Außenhandel die wirtschaftliche Un- abhängigkeit der Länder gestärkt werden soll, wenn ferner der Binnenmarkt vor den Schwankungen mög- licher Krisen bewahrt und nach Möglichkeit nicht der „Planlosigkeit“ des freien Weltmarktes ausgesetzt werden soll, so decken sich derartige Vorstellungen, die trotz aller Liberalisierung auch heute in Latein- amerika sicher nicht selten sind, weitgehend mit der Auffassung von der Bedeutung des Außenhandels im Bereich der COMECON-Länder.³⁾

Bei allem Dirigismus und nationalistischem Autarkie- streben und trotz zeitweise annähernd totaler staat- licher Kontrolle des Außenhandels und des Devisen- verkehrs sind die lateinamerikanischen Länder aller- dings niemals so weit gegangen, den Außenhandel zum Staatsmonopol zu erklären, wie es die Ostblockländer unter Führung der Sowjetunion getan haben. Gewiß waren einzelne Staaten lange vor Kuba nahe an einer vollständigen Verstaatlichung des Außenhandelsappa- rats, so vor allem das peronistische Argentinien mit dem Instituto Argentino de Promoción del Intercambio (IAPI) und der DINIE (Dirección Nacional de Industrias del Estado) und nicht ganz so weitgehend auch Chile mit dem Instituto Nacional de Comercio (INACO), der Corporación de Fomento (CORFO) und der mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestatteten Devisen- behörde (Consejo Nacional de Comercio Exterior — CONDECOR). Es ist auch kein Zufall, daß das peron- istische und extrem dirigistische Argentinien das erste südamerikanische Land war, das nach dem zweiten Weltkrieg 1953 mit der Sowjetunion ein bilaterales Ab- kommen über den Waren- und Zahlungsverkehr ab- schloß, das wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung damals in Lateinamerika und in der ganzen Welt stärkste Beachtung fand.

In den folgenden Jahren haben sich die innenpoliti- schen Voraussetzungen und Auffassungen in Latein- amerika stark gewandelt. Wenn trotzdem bis 1961 in der Außenwirtschaft gewisse Neigungen zu bilateralen Methoden mit festen Mengen- und auch Preisbindun- gen auf Gegenseitigkeit bestehen geblieben sind, so hängt diese Erscheinung zweifellos mit den fest einge- wurzelten Stabilisierungsideen zusammen, die für alle vom Export einiger weniger Rohstoffe und Genuß- mittel abhängigen Entwicklungsländer typisch sind.

³⁾ Georg von Huebner: „Die rote Wirtschaft wächst“, Düsseldorf 1960.

Was darüber hinaus in Lateinamerika wie in allen Entwicklungsländern zu dem speziellen Interesse an Ostkontakten beiträgt, ist das eindrucksvolle Beispiel, das die Sowjetunion mit ihren Industrialisierungserfolgen gegeben hat, wobei allerdings häufig verkannt wird, daß mit den Methoden der zentralen Planung auch ein hohes Maß an erzwungenem Konsumverzicht verbunden ist, zu dem in den meisten lateinamerikanischen Ländern zweifellos wenig Bereitschaft besteht.

Divergierende Strömungen

Heute sind in Lateinamerika zwei entgegengesetzte Strömungen zu beachten: einerseits in Verfolg der Liberalisierungswelle, die 1955/56 eingesetzt hatte, ein Abbau noch vorhandener Clearing-Abkommen; auf der anderen Seite die erneuten Bemühungen um die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zum Ostblock bei grundsätzlicher Bereitwilligkeit zur Übernahme bilateraler Bindungen. Die erste Richtung wird durch Argentinien, die zweite durch Kuba repräsentiert.

Die argentinische Zentralbank hat 1960 fast alle Verrechnungsabkommen mit dem Ostblock auslaufen lassen. Die Zahlungen mit diesen Ländern werden seitdem in frei konvertierbaren Devisen abgewickelt. Nur das Clearing-Abkommen mit der Sowjetunion ist noch in Kraft geblieben. Anfang Februar 1961 verlautete in Buenos Aires nach dem erfolgreichen Abschluß der argentinischen Kreditverhandlungen in Europa gerüchtweise, daß Wirtschaftsminister Alsogaray sich im Herbst dieses Jahres im Anschluß an einen erneuten Europabesuch „vielleicht auch in den Ostblockländern umsehen“ werde. Bestimmte Projekte soll es zwar nicht geben, es handele sich vorerst lediglich um eine Informationsreise. Dieser Meldung folgte später die Ankündigung der Entsendung „privater“ Handelsmissionen nach dem Osten, und zwar speziell nach der Volksrepublik China, wobei als Zweck die Erschließung neuer Märkte angegeben wurde. Zur Begründung wurde u. a. die „zunehmende protektionistische Haltung“ bestimmter westlicher Länder angeführt, die eine Orientierung nach anderen Märkten notwendig mache. Bei den eventuellen neuen Verhandlungen dürfte von argentinischer Seite in Anbetracht der Liberalisierung der eigenen Devisenwirtschaft der Versuch unternommen werden, den Zahlungsverkehr in frei konvertierbaren Devisen zu vereinbaren.

Uruguay hat seine Abkommen mit den Ostblockländern zwar bisher nicht gekündigt, es hat sich aber dem Internationalen Währungsfonds gegenüber verpflichtet, im Zuge der Liberalisierung seines Außenhandels alle noch bestehenden bilateralen Handels- und Zahlungsabkommen auslaufen zu lassen. Hiervon wird in erster Linie der Ostblock berührt, zumal die entsprechenden Vereinbarungen mit westlichen Ländern, so u. a. mit Frankreich, Italien und der Schweiz, schon 1960 auf multilaterale Basis umgestellt worden sind. Seit der im Dezember 1959 eingeleiteten Devisenreform entfällt in Uruguay die während der vorhergehenden sogenannten Notstandsperiode geltende Privilegierung der Verrechnungswährungen, die lange Zeit den Handel mit den Ländern des freien Währungs-

raums annähernd unmöglich gemacht hatte. Der Handel mit dem Ostblock hatte von 1958 auf 1959 erheblich zugenommen. Seit 1960 sind die Verrechnungsländer im Handel mit Uruguay aber nicht mehr besser gestellt als die Länder mit frei konvertierbaren Währungen. Uruguay beherbergt diplomatische Vertretungen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und eine ständige Handelsvertretung der Sowjetzone Deutschlands. Das Problem der Aufrechterhaltung bzw. des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu Kuba ist in jüngster Zeit Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Regierungsrates gewesen.

In Chile sind seit der grundlegenden Reform des Jahres 1956 die Liberalisierung des Außenhandels und der Abbau der Clearing-Abkommen erfolgreich weitergetrieben worden. Mit dem Osten haben Vereinbarungen von Staat zu Staat nicht bestanden. Es bestehen auch keine diplomatischen Beziehungen. Die Beziehungen zur Sowjetunion wurden 1946 abgebrochen. Wenn von chilenischer Seite immer wieder der Grundsatz freier Entscheidung in Fragen der Handelsverbindungen „mit aller Welt“ vertreten wird, so haben derartige Willensbekundungen doch keine vertraglichen Abschlüsse mit dem Osten zur Folge gehabt. Gegenseitige Besuche von Delegationen waren nicht selten. Im November 1960 traf eine amtliche sowjetische Handelsdelegation in Santiago ein, deren Aufenthaltsdauer zunächst auf ein Jahr befristet wurde. Ihre Aufgabe soll in der Kontaktherstellung bestehen. Diese Form der Kontaktaufnahme war anläßlich des Besuchs einer inoffiziellen chilenischen Delegation in Moskau im Januar 1960 besprochen worden. Dieselbe chilenische Gruppe hatte Anfang 1960 außer der Sowjetunion auch Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ihren Besuch abgestattet. Ihre Berichte waren sehr vorsichtig und zurückhaltend formuliert.

Zwischen Kolumbien und dem Ostblock sind verschiedene Kompensationsabkommen abgeschlossen worden. Zur Zeit bestehen Abmachungen mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn und der Sowjetzone Deutschlands. Träger dieser Vereinbarungen ist auf kolumbianischer Seite die Federación de Cafeteros, die sich von den Kompensationen die Erschließung neuer Märkte für den kolumbianischen Kaffee verspricht und als Gegenleistung in Verbindung mit den zuständigen staatlichen Stellen die Gewährung von Importlizenzen bietet. Kolumbien ist ein Land, das seinen Außenhandel in den letzten Jahren zwar weitgehend liberalisiert hat, das sich aber trotzdem wegen der besonderen Kaffeesituation bisher nicht ganz von gewissen Gegenseitigkeitsideen hat trennen können.

Auch in Brasilien steht die Neigung zu einem verstärkten Gütertausch mit den Ostblockländern in erster Linie im Zusammenhang mit dem Problem der Kaffeeüberschüsse und der Suche nach neuen Märkten. Da die Bemühungen, die Exporte in Länder mit frei konvertierbaren Devisen so zu steigern, daß gleichzeitig die unbedingt erforderlichen Rohstoffe und Industrieanlagen eingekauft und die Auslandsschulden getilgt werden können, nicht voll befriedigt, wurden

Versuche unternommen, in Richtung auf die „weichen“ Währungen auszuweichen. Wenn aber einerseits gesagt wurde, daß vor wirtschaftlichen Notwendigkeiten politische und ideologische Bedenken zurückgestellt werden müßten, so wurde doch andererseits erkannt, daß im Osthandel kein Universalheilmittel zu erblicken sei und daß man sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben dürfe.

Dem im Dezember 1960 abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen zwischen Brasilien und der Sowjetunion kommt zwar von Moskau gesehen sicher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, für Brasilien dürfte es aber kaum die erhoffte Erleichterung bringen. Der brasilianische Delegationsführer erklärte bei Abschluß der Verhandlungen jedoch einigermaßen zuversichtlich, Brasilien habe lange Zeit mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen unterhalten, ohne daß es einen nennenswerten Handel zwischen beiden Ländern gegeben habe; nunmehr solle zunächst einmal Handel getrieben werden, ohne daß es diplomatische Vertretungen zu geben brauche. Die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion sind 1947 abgebrochen worden. Gegenwärtig unterhält Brasilien nur diplomatische Beziehungen zu Polen und zur Tschechoslowakei. Mit der Sowjetzone Deutschlands bestehen auf der Basis des Tausches von Kaffee gegen Fertigwaren faktische Handelsbeziehungen. Präsident Quadros hat bei Übernahme seines Amtes wissen lassen, daß er die Einleitung von Verhandlungen wünsche, die die Wiederherstellung von diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, Rumänien und Bulgarien zum Ziele haben. Nicht zu überhören war auch die Meldung, daß Brasilien in der nächsten UNO-Vollversammlung für die Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen stimmen werde.

Nach der Eröffnung der ersten sowjetischen Industrieausstellung auf lateinamerikanischem Boden in Buenos Aires im Mai 1955 galt der erste Besuch eines führenden Staatsmannes der Sowjetunion in Lateinamerika nicht den Ländern mit relativ gut entwickelten Wirtschaftsbeziehungen zum Ostblock, also nicht Argentinien, Uruguay oder Brasilien, sondern Mexiko. Die Mexikoreise Mikojans im November 1959 ist in Moskau sicher nicht umsonst als bedeutendes Ereignis angesehen worden. Sie stand im Zeichen der Begegnung von Camp David und ließ deutlich erkennen, daß sich die Sowjetunion nicht anders als die USA die wirtschaftliche Expansion und den wirtschaftlichen Wettbewerb in den Entwicklungsländern zum Ziel gesetzt hatte. Der Entwicklungshilfe von der einen Seite wurde die erneute Rubeloffensive von der anderen Seite entgegengesetzt.

In Mexiko nutzte Mikojan die Gelegenheit, die Animosität der Mexikaner und aller Lateinamerikaner gegen den großen Nachbarn im Norden neu zu entfachen. Hierzu bediente er sich u. a. eines sehr wirksamen Mittels, indem er dem amerikanischen Vorwurf des sowjetischen Dumpings mit harten Worten über das Agrarüberschuß-Programm der USA und die marktstörenden Auswirkungen dieser „Hilfsleistungen“ auf den Absatz der lateinamerikanischen Agrarprodukte begegnete. Er traf hiermit gerade in Mexiko einen sehr

empfindlichen Punkt, da der mexikanische Baumwollabsatz unter den Surplus-Lieferungen der USA an dritte Länder besonders zu leiden hatte. Er erreichte sicher aber auch die argentinische Öffentlichkeit, die wegen des Getreides bis heute ähnliche Sorgen hat wie die Mexikaner mit der Baumwolle. Sehr interessant sind in diesem Zusammenhang die im Februar 1961 geäußerten argentinischen Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen von Kennedys Hilfsprogramm „Lebensmittel für den Frieden“ auf die Agrarexporte Argentinien. Wie hierzu aus Buenos Aires verlautete, soll auf Grund argentinischer Vorstellungen in Zukunft in allen Fällen, in denen die USA im Rahmen des Kennedy-Programms Lebensmittel an notleidende lateinamerikanische Länder zu liefern beabsichtigen, die möglicherweise auch Bezieher argentinischer Erzeugnisse sind, Argentinien konsultiert werden. Den USA liege daran — wie es weiter heißt —, ihr Programm für die Immunisierung der westlichen Welt gegen den Kommunismus zu realisieren, ohne hierbei westliche Nachbarländer in ihren wirtschaftlichen Interessen zu schädigen.⁴⁾

Nicht zu unterschätzen sind die Versuche der wirtschaftlichen Einflußnahme des Ostblocks in Bolivien. 1953 wurden von bolivianischer Seite die Möglichkeiten der Unterbringung gewisser Zinnmengen in Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs geprüft. Anfang 1961 stand das Kreditangebot der Sowjetunion von 150 Mill. US-\$ für Anlagen zur Verhüttung von NE-Erzen, für Wasser- und Wärmekraftwerke sowie für die Errichtung einer Sprengstoffabrik im Vordergrund des Interesses. Außerdem wurde der Besuch einer tschechoslowakischen Delegation sehr beachtet.

Weit stärker als vorher in Argentinien, Uruguay, Mexiko und Brasilien ist in Kuba die Sowjetunion und mit ihr zusammen seit 1960 auch die Volksrepublik China hervorgetreten. Während bei den anderen lateinamerikanischen Ländern Polen und die Tschechoslowakei gewissermaßen Pionierarbeit für den Osthandel geleistet hatten, fiel das Schwergewicht im Falle Kuba von vornherein eindeutig auf die Sowjetunion. Auch chronologisch steht die Unterzeichnung des fünfjährigen Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Sowjetunion und Kuba am 15. Februar 1960 an der Spitze. Es folgten Polen im März, die Tschechoslowakei im Juni, Ungarn im September, Bulgarien Anfang Oktober, Rumänien Ende Oktober, die Volksrepublik China im November und die Sowjetzone Deutschlands am 17. Dezember 1960 nach Vorverhandlungen, die bereits im Februar des Jahres geführt worden waren.

Bei den Rechtfertigungsversuchen für das Zuckerabkommen mit der Sowjetunion fällt vor allem das propagandistische Argument auf, daß Kuba keine hohen Preise wünsche, weil sie die Zuckerproduktion in anderen Gebieten anregen. Um ein Niveau zu erreichen, das in Zukunft größtmögliche Ernten zuläßt, müsse man auf Handels- und Tauschabkommen zurückgreifen. Die Revolutionsregierung setze sich für neue Märkte ein, heißt es. Hier klingt das für ganz Lateinamerika typische Bestreben an, für die überschüssigen Landesprodukte unabhängig von den USA zu werden. Aller-

⁴⁾ „Argentinische Bedenken gegen das Hilfsprogramm Kennedys“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 2. 3. 1961.

dings wurden die Dinge von der kubanischen Propaganda insofern auf den Kopf gestellt, als nach der durch die kubanischen Enteignungsmaßnahmen provozierten Streichung der Zuckerimportquote seitens der USA effektiv nicht anderes übrig blieb, als sich nach neuen Märkten umzusehen, von einer freiwilligen Umstellung im Sinne einer Ergänzung der traditionellen Handelsverbindungen also keine Rede sein konnte. 80 % der kubanischen Ausfuhr entfallen auf Zucker. Mehr als 60 % des Gesamtwertes der kubanischen Ausfuhr „beschafften sich die USA“, wie es in den kubanischen Propagandaschriften heißt. Umgekehrt deckten die USA 75 % der kubanischen Käufe. Kuba hatte unter der früheren Regierung den USA für die feste Zuckerabnahme zu einem weit über Weltmarktniveau liegenden Preis Zollpräferenzen eingeräumt. Diese für Kuba zweifellos vorteilhafte Regelung wird jetzt als Monopol der USA und als Kontrolle über den kubanischen Einfuhrmarkt bezeichnet, die die Möglichkeiten verringere, neue Märkte für die kubanischen Ausfuhren zu erschließen. Die feste Bindung auf Gegenseitigkeit, die im Falle der USA als Freiheitsberaubung empfunden und angeprangert wird, wurde gegenüber dem Ostblock in der gegebenen Zwangslage in abgewandelter Form erneut in Kauf genommen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang übrigens die Erwähnung der Vertragsklausel, nach der der Zucker, den die Sowjetunion von Kuba kaufen wird, nur für den Inlandsverbrauch bestimmt ist. Die Sowjetunion soll Zucker nicht in solche Länder reexportieren, die üblicherweise Importeure kubanischen Zuckers sind.

Umfang des Sowjethandels

Betrachtet man die Außenhandelsstatistik aller lateinamerikanischen Staaten zusammen, so zeigt sich, daß der Anteil des Osthandels am Gesamtaußenhandel Lateinamerikas im Rekordjahr 1955 nur 2,2 % bzw. 2,1 % auf der Ausfuhr- bzw. Einfuhrseite erreicht hat.⁵⁾ 1956 und 1957 war dieser Anteil noch geringer. Er stieg 1958 wieder etwas an, und zwar auf 1,8 % bzw. 1,4 %.

Außenhandel Lateinamerikas mit dem Sowjetraum

Jahr	Ausfuhr			Einfuhr		
	Insgesamt	davon nach dem Sowjetraum		Insgesamt	davon aus dem Sowjetraum	
	in Mill. US-\$	in %		in Mill. US-\$	in %	
1953	7 620	36	0,5	6 541	33	0,5
1954	7 880	145	1,8	7 408	97	1,3
1955	7 974	173	2,2	7 555	159	2,1
1956	8 644	106	1,2	7 940	131	1,7
1957	8 654	120	1,4	9 313	73	0,8
1958	8 219	147	1,8	8 483	104	1,4

Für 1959 und 1960 ergaben sich keine wesentlichen Änderungen. Bis 1958 standen unter den lateinamerikanischen Ländern Argentinien, Brasilien und Uruguay mit ihrem Osthandel an der Spitze.⁶⁾ Auf der Ausfuhrseite spielte auch Kuba bereits 1955 und 1957 — also vor Castros Zeit — wegen außerordentlicher Zuckerlieferungen an den Osten eine große Rolle.

⁵⁾ Deutsch-Südamerikanische Bank A.G., Hamburg: „Mitteilungen für den Außenhandel“, 7. 1. 1958 und 17. 3. 1959: „Außenhandel Lateinamerikas mit dem Sowjetraum“.

⁶⁾ CEPAL: „Estudio Económico de America Latina 1958“, Anexo: „Notas preliminares sobre el comercio de America Latina con el area de países de economía centralmente planificada“.

Bei aller Würdigung der aktuellen Bedeutung der alarmierenden Ereignisse in Kuba muß doch abschließend festgestellt werden, daß die Bemühungen des Ostblocks räumlich keineswegs auf Kuba beschränkt sind und daß sie auch zeitlich lange vor Castros Macht ergreifung eingesetzt haben. Nach dem Höhepunkt des Jahres 1955 war im Warenverkehr Lateinamerikas mit dem Sowjetraum ein Rückschlag eingetreten. Zwar hatte der sowjetische Ministerpräsident Bulganin erhebliches Aufsehen erregt, als er im Januar 1956 den lateinamerikanischen Ländern technische Hilfe angeboten hatte. Schon 1957 war aber klar zu erkennen, daß sich die sowjetischen Hilfsversprechungen für die Industrialisierung offenbar nicht so schnell wie erhofft erfüllten. Auch war der Außenhandelsstatistik zu entnehmen, daß das in den verschiedenen Abkommen vorgesehene Volumen, das immerhin 450 — 500 Mill. US-\$ betrug, in keinem Vertragsjahr ausgenutzt wurde. Lateinamerika verzeichnete 1957 den höchsten Nachkriegsstand im Nominalwert seiner Ausfuhr und seiner Einfuhr.

1958 wurde sodann klar, daß sich die meisten lateinamerikanischen Staaten mit ihren Importen übernommen hatten. Sie gerieten in erhebliche Schwierigkeiten, zu deren Überwindung die USA nach Auffassung der Lateinamerikaner zu wenig beitrugen, indem sie auf ihrem Standpunkt verharrten, daß normal zu verzinsende Privatkredite genügen müßten, während die Lateinamerikaner ihrerseits deutlich zu erkennen gaben, daß sie für ihre staatlichen oder halbstaatlichen Projekte ergänzende Hilfsleistungen von Staat zu Staat und für die immer stärker in den Vordergrund des Interesses rückenden langfristigen Investitionsgeschäfte nur mit staatlicher Hilfe zu ermöglichende vergünstigte Kreditbedingungen wünschten. Die lateinamerikanische Unzufriedenheit entlud sich schon bei dem Besuch Nixons im Frühjahr 1958. Die Überschußproduktion wuchs, die Exportpreise und die terms of trade verschlechterten sich, und die vom Ausland gewährten Kredite erwiesen sich als unzureichend. Ende 1958 und vor allem 1959 wurde dann gleichzeitig in der westlichen Welt — dort allerdings reichlich schleppend — und von seiten des Ostblocks umgeschaltet auf Intensivierung der Bemühungen um Lateinamerika.

Diese Situation nutzten sowohl die Sowjets als auch die Lateinamerikaner im eigenen Interesse, wobei den Sowjets die veränderten Verhältnisse in Kuba in jeder Hinsicht gelegen kamen. Sie zogen die Aktion an sich und gestalteten die weitere Entwicklung nach ihren eigenen Wünschen. Die USA und die übrige westliche Welt gerieten hierdurch auf diesem Feld vorübergehend in die Defensive, was immerhin eigenartig erscheint, wenn man sich den minimalen Anteil des Ostblocks am Außenhandel Lateinamerikas vergegenwärtigt. Aber die empfindliche Reaktion der USA auf das Vordringen der Ostblockländer im Jahr 1960 war sicher nicht unberechtigt, zumal klar zu erkennen war, daß es sich bei der 1961 fortgesetzten Ostblockoffensive in Lateinamerika um einen besonders wichtigen Teilabschnitt des großen Ringens um die Entwicklungsländer in aller Welt handelte.